



**Freie Demokratische Partei**  
**FDP-Gemeinderatsgruppe Rastatt**

## **FDP – Haushaltsrede 2025**

**– Es gilt das gesprochene Wort! –**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Müller,  
sehr geehrter Herr Beigeordneter Knoth,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

die Haushaltssituation der Stadt Rastatt ist – um es kurz zu sagen – besorgniserregend. In dieser Situation finden sich viele Kommunen – auch in der Region. Dies zeigt, dass die Tendenz von Bund und Land, den Kommunen immer mehr Aufgaben aufzubürden, ohne für eine nachhaltige Finanzierung zu sorgen, ein Ende finden muss.

Aber ehrlicherweise war schon in den vergangenen Haushaltsentwürfen der dringende Konsolidierungsbedarf deutlich erkennbar. Der Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen um geschätzte 20 Millionen Euro hat den Druck auf unseren Haushalt noch erheblich verschärft. Und wir müssen klar sagen: eine Verbesserung der Einnahmesituation ist nicht in Sicht. Insbesondere eine Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild kommt für uns nicht in Frage. Mit einer solchen Steuer würden wir letztlich ein bürokratisches Monstrum für die Gastronomie schaffen, das das Ziel, die Innenstadt zu beleben konterkarieren würde.

Aus diesem Grund müssen wir konsequent nach Sparpotenzialen suchen. Wir müssen uns also in erster Linie auf die Kernaufgaben konzentrieren und die freiwilligen Leistungen kritisch überprüfen.

Bei unseren notwendigen Investitionen sind Kürzungen kaum möglich. Neben den im Bau befindlichen Projekten sind auch einige neue zwingend erforderlich. Der Neubau des Sportparks im Münchfeld muss höchste Priorität haben, denn er ist die Voraussetzung für die Ansiedelung des Zentralklinikums. Dieses Projekt ist eine einmalige Chance, die wir nicht gefährden dürfen.

Auch unsere Infrastruktur braucht dringend Investitionen: Straßen, Leitungssysteme und kommunale Gebäude sind stark sanierungsbedürftig. Ein Zögern oder Verschieben dieser Maßnahmen würde zu schwerwiegenderen Schäden führen – Schäden, die mittelfristig deutlich teurer wären als aktuelle Investitionen.

Im Sozialbereich wissen wir: Zusätzliche Einschränkungen sind hier nicht vermittelbar. Gleichzeitig können wir uns in der aktuellen Haushaltssituation einen weiteren Ausbau, wie die Ausweitung der Gemeinwesenarbeit, ohne eine verlässliche Gegenfinanzierung nicht leisten.

Ein besonders kritischer Punkt sind die Personalkosten. Seit 2018 hat sich die Zahl der Stellen um 20 Prozent erhöht – das sind 150 zusätzliche Stellen, was zu einer Mehrbelastung von etwa 23 Millionen Euro geführt hat. Allein diese Mehrkosten entsprechen den gesamten Auszahlungen, die für unsere geplante Bautätigkeit vorgesehen sind. Personalkosten sind Fixkosten, die aufgrund zu erwartender Tarifsteigerungen auch künftig weiter steigen werden und damit unsere zukünftige Handlungsfähigkeit erheblich gefährden. Der aktuelle Haushaltsentwurf weist einen Anteil von 36 Prozent der Gesamtausgaben für Personalkosten aus!

Aus diesem Grund haben wir bereits im Vorfeld einen Antrag eingebracht: Wir fordern ausdrücklich, von weiteren Stellenmehrungen abzusehen. Dabei geht es nicht um die darum bereits genehmigte oder zwingend erforderliche Zusatzstellen infrage zu stellen. Die explosionsartige Vermehrung der Personalkosten muss aber ein Ende finden, damit wir auch in künftigen Jahren ausreichend finanziellen Handlungsspielraum haben.

Um eines ganz klar zu stellen: es geht hier nicht um einen Stellenabbau, sondern allein um den Verzicht auf weitere Mehrbelastungen.

Gleichzeitig muss die Verwaltung natürlich handlungsfähig bleiben. Hier erhoffen wir uns von dem geplanten Organisationsgutachten tiefgreifende Änderungen, vor allem schlankere, auf die digitale Arbeit ausgelegte Prozesse und damit auch eine Steigerung der Effizienz.

Wir hoffen, dass wir durch diese Maßnahmen zukünftig Flexibilität gewinnen. Das ist dringend notwendig, wenn wir autonom entscheiden wollen, wie wir die Zukunft der Stadt gestalten. Es stehen große und wichtige Entscheidungen an. Die Planungen für die Landesgartenschau müssen zeitnah beginnen. Und mit dem Erwerb und der Bebauung des Merzeau-Geländes kann der Wohnungsmarkt entlastet und attraktiver Wohnraum für Familien geschaffen werden. Angesichts der Haushaltslage kann all dies nur gelingen, wenn wir an anderer Stelle sparen.

Unsere Zustimmung zum Haushalt hängt davon ab, ob im Rahmen der weiteren Abstimmungen über den Stellenplan ein klares Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung erkennbar ist.